

Viele Wünsche – kaum Geld

Südwesten meldet Straßenbauprojekte für elf Milliarden Euro beim Bund an

Von Julia Giertz
und Christoph Bielecki

Oberndorf. Die Wunschliste ist ellenlang – doch das Geld reicht vorne und hinten nicht: 158 Straßenbauvorhaben hat das Land beim Bund angemeldet. 11,2 Milliarden Euro wären dafür nötig. Doch bis der Bund die überweisen hat, werden 112 Jahre vergangen sein.

Kurzum: Was der Bund im künftigen Bundesverkehrswegplan bis 2030 umsetzen wird, dürfte allenfalls der

Tropfen auf den berühmten heißen Stein sein. Denn obwohl der Ruf aus den Kommunen nach solide ausgebauten Straßen immer lauter wird, will der Bund die Gelder, die dafür nach Baden-Württemberg fließen sollen, von bislang 230 auf 100 Millionen Euro pro Jahr abschmelzen.

Angesichts der 103 Neu- und 55 Ausbaumaßnahmen für Autobahnen und Bundesstraßen, die Landesverkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) ins Auge gefasst hat, würde deren Finanzierung stolze 112 Jahre dauern. »Es liegt auf der Hand, dass eine neue Bundesregierung deut-

lich mehr finanzielle Mittel für den Straßenbau zur Verfügung stellen muss«, fordert Hermann unumwunden.

Enthalten auf dem Wunschzettel sind derzeit viele **Orts-umfahrungen** – etwa in Loßburg (Kreis Freudenstadt), Schömberg (Zollernalbkreis), **Haslach**, Gutach, Lahr-Rei-



Protestiert: Winfried Hermann

chenbach (Ortenaukreis), Schramberg (Kreis Rottweil) sowie auf der B27/314 von Donaueschingen (Schwarzwald-Baar-Kreis) nach Waldshut. Ebenso die Hochbrücke bei Horb, der Tunnel in Freudenstadt, die Entlastung Calws oder der Ausbau der L317 von Lörrach nach Schopfheim.

Der nächste Schritt: Bis November muss die Landesregierung den Wunschzettel nach Bedeutung sortieren und nach Berlin schicken. Eine undankbare Aufgabe, denn viele Gemeinden werden dann garantiert laut aufheulen.

Quelle:

SchwaBo 02.10.2013